

Kurzsichtige Politiker sind vorsätzlich blind und taub gegenüber „grüner“ Energie

geschrieben von Chris Frey | 9. Januar 2022

Paul Homewood, [NOT A LOT OF PEOPLE KNOW THAT](#)

[Vorbemerkung des Übersetzers: Autor dieses Beitrags ist nicht Paul Homewood, sondern Ross Clark. Der Beitrag erschien im „Telegraph“ und wurde von Homewood nur auf seinem Blog übernommen. Der Link zum „Telegraph“-Artikel ist unten genannt. – Ende Vorbemerkung]

Im Juni 2011, 18 Monate bevor er sich in den Dienst Ihrer Majestät stellte, hielt der ehemalige Minister für Energie und Klimawandel, Chris Huhne, eine bemerkenswerte Rede, in der er behauptete, dass die grüne Politik der Regierung die Haushalte nicht nur nichts kosten, sondern sogar Geld sparen würde. „Grünes Wachstum“, sagte er, kann die Wirtschaft schützen, indem es „unsere Anfälligkeit für Preisschocks verringert“. Darüber hinaus würden sich die Kosten einer kohlenstoffarmen Politik bis 2020 auf „nur ein Prozent der durchschnittlichen Energierechnung eines Haushalts“ belaufen – und selbst das setze voraus, dass wir Öl immer zum „billigen Preis des letzten Jahres von 80 Dollar pro Barrel“ kaufen könnten. Wenn die Ölpreise wie erwartet hoch bleiben und die Gaspreise entsprechend steigen, „dann werden unsere Verbraucher die Gewinner unserer Energiepolitik sein“.

Man muss Huhne zugutehalten, dass er nicht der einzige Minister war, der sich dies einbildete. Viele in der Regierung, in der Opposition und in der großen grünen Partei waren der Meinung, dass es uns besser gehen würde, wenn wir von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien umsteigen würden. Wie lächerlich diese Behauptung heute daher kommt.

Wir haben die von Huhne propagierte grüne Energierevolution hinter uns. Letztes Jahr behauptete die Regierung, dass zum ersten Mal mehr Strom aus erneuerbaren Energien als aus fossilen Brennstoffen erzeugt wurde (allerdings nur, wenn man die schmutzige Praxis der Verbrennung von Holzspänen zur Stromerzeugung als „erneuerbar“ betrachtet – eine Industrie, die Huhne selbst nach seiner Inhaftierung förderte). Kohlekraftwerke, die 2011 noch 31 Prozent unseres Stroms erzeugten, sind jetzt auf 2,1 Prozent gesunken und werden bis 2024 endgültig verschwunden sein.

Doch wo bleibt die grüne Dividende? Inflationbereinigt sind die durchschnittlichen Stromrechnungen von Haushalten zwischen 2011 und 2020 um 19 Prozent gestiegen – von 451 Pfund auf 571 Pfund pro Jahr zu

Preisen von 2010. Aber das ist nur der Anfang. Die Verbraucher sind bei weitem nicht vor Preisschocks auf den globalen Energiemärkten geschützt, sondern müssen damit rechnen, dass sich ihre Rechnungen im April verdoppeln, wenn die Preisobergrenze der Regierung nach oben korrigiert wird.

Was die Behauptung angeht, dass grüne Politiken unsere Energierechnungen nur um ein Prozent erhöhen würden, so berechnet Ofgem*, dass 25 Prozent unserer Stromrechnungen heute aus Sozial- und Umweltabgaben bestehen – d.h. aus Subventionen für grüne Energie sowie aus Programmen zur Wärmedämmung für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Weitere 2,5 Prozent zahlen wir auf unsere Gasrechnungen.

[*Ofgem = **Office of Gas and Electricity Markets** (englisch) Britische Deregulierungsbehörde für den Energiemarkt. A. d. Übers.]

Es stimmt, dass die derzeitige Energiekrise ein globales Phänomen ist, das durch die steigende Nachfrage aufgrund der sich erholenden Weltwirtschaft ausgelöst wurde. In Großbritannien wurde sie jedoch durch eine Energiepolitik **verschlimmert**, die seit anderthalb Jahrzehnten hartnäckig das Ziel verfolgt, die Kohlenstoffemissionen ohne Rücksicht auf die Kosten zu senken. Jahrelang haben sowohl die Konservativen als auch die Labour-Partei und die Lib Dems versucht, die steigenden Energiepreise auf gierige, profitorientierte Energieunternehmen zu schieben. Das hat nie gestimmt – die deregulierten Gas- und Strommärkte haben schon immer mit geringen Gewinnspannen gearbeitet – aber angesichts der Tatsache, dass in den letzten Monaten Dutzende von Energieversorgern in Konkurs gegangen sind, ist dieses Argument nicht mehr haltbar. Man kann auch nicht die Märkte für fossile Brennstoffe für die steigenden Rechnungen verantwortlich machen – ein Barrel Rohöl kostet heute weniger als zu dem Zeitpunkt, als Huhne seine Rede hielt, selbst wenn man die Inflation berücksichtigt.

Wir zahlen mehr als nötig für unsere Energie, weil die Regierung fossile Brennstoffe mit Kohlenstoffabgaben belastet, die Stromerzeugung auf viel teurere erneuerbare Energien umgestellt und Großbritannien um das gebracht hat, was inzwischen eine sehr produktive einheimische Schiefergasindustrie hätte werden können. Die Regierung ist vor den Umweltschützern eingeknickt, die entschlossen waren, die aufkeimende Industrie zu unterdrücken, indem sie Ängste vor „Erdbeben“ schürten – oder vielmehr vor kleineren Erschütterungen, von denen die meisten nicht einmal von Menschen an der Erdoberfläche wahrgenommen werden können.

Auch die herkömmliche Öl- und Gasförderung wird dadurch behindert, dass börsennotierte Unternehmen mit strengen Dekarbonisierungszielen belegt werden. Shell, das das Cambo-Feld vor den Shetland-Inseln hätte erschließen sollen, wurde dazu gedrängt, andere Wege einzuschlagen, z. B. mein Breitbandnetz bereitzustellen. Das Ergebnis ist, dass wir immer abhängiger von Gasimporten werden – durch die Verschiffung von gekühltem Schiefergas aus Katar, das wir selbst hätten fördern können. Das Problem

ist, dass das energiehungrige China uns in den letzten Monaten überboten und die Preise in die Höhe getrieben hat.

Minister weisen gerne darauf hin, dass die **Stückkosten** für die Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie in den letzten zehn Jahren gesunken sind, aber dabei wird das Problem der Unterbrechung der Stromerzeugung außer Acht gelassen. Die Verbraucher müssen tief in die Tasche greifen, um stillgelegte Gas- und Kohlekraftwerke hochzufahren, damit sie auch dann Strom liefern, wenn, wie in den letzten Wochen, die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Im November mussten die Energieversorger einmal 2.000 Pfund pro MWh für Strom auf den Tisch legen – etwa das 40-fache des üblichen Großhandelspreises.

Umgekehrt müssen wir, wenn der Wind weht, für die Entschädigung von Windparkbesitzern aufkommen, die ihre Turbinen abschalten müssen. Letztes Jahr haben wir insgesamt 282 Millionen Pfund an so genannten „Beschränkungs Zahlungen“ gezahlt, als das nationale Netz nicht in der Lage war, den gesamten von ihnen produzierten Strom aufzunehmen.

Wir sind in dieser Lage, weil wir immer mehr Wind- und Solarparks gebaut haben, ohne uns mit der Frage der Energiespeicherung richtig auseinanderzusetzen. Die Regierung hat 2014 sogenannte „Kapazitätsauktionen“ ins Leben gerufen, um zu versuchen, einen Markt für Energiespeicherung zu schaffen, indem sie Subventionen für jeden anbietet, der kurzfristig große Mengen an Energie liefern kann. Doch die glücklichen Gewinner waren in der Regel die Besitzer von Gas- und Kohlekraftwerken, während nur eine Handvoll Batteriespeicher installiert wurde.

Und warum? Weil die Speicherung von Energie furchtbar teuer ist. Das Pacific Northwest National Laboratory in den USA beziffert die „nivellierten“ Kosten der Energiespeicherung in großen Lithiumbatterieanlagen (d. h. unter Berücksichtigung der Kapitalinvestitionen und der Betriebskosten während der Lebensdauer einer Anlage) auf 336 \$ (260 £) pro MWh. Das ist fünfmal so viel wie der übliche Großhandelspreis für Strom – und wir müssen diese Kosten zusätzlich zu den Kosten für die Stromerzeugung zahlen. Es gibt Zeiten im Winter, in denen unsere Windturbinen und Sonnenkollektoren tagelang so gut wie keinen Strom erzeugen, aber wir haben nur genug Speicherkapazität, um den nationalen Strombedarf für 38 Minuten zu decken.

Wenn den Verbrauchern im April ein **Energieschock** bevorsteht, wenn die Preisobergrenzen angehoben werden, so ist das nichts im Vergleich zu dem, was später auf sie zukommt. Im Jahr 2026 wird die Installation neuer Ölkessel verboten, 2035 folgen neue Gaskessel. Von da an werden die meisten Wohnungen nur noch mit elektrischen Wärmepumpen beheizt werden können, die jeweils 10.000 Pfund kosten, im Betrieb teurer sind als Gas und viele ältere, schlecht isolierte Wohnungen nicht mehr warm halten können.

Auch Autofahrern wird es ab 2030 verboten sein, neue Benzin- und Dieselfahrzeuge zu kaufen – sie werden gezwungen sein, Elektrofahrzeuge zu kaufen, die derzeit noch etwa halb so viel kosten. Vergessen Sie die Behauptung, dass sie bis 2024 mit Benzin- und Dieselfahrzeugen gleichziehen werden – das ist nur ein weiteres Stück Optimismus à la Hühne. Steigende Preise für seltene Metalle, die für die Batterien benötigt werden, haben bereits dazu geführt, dass ein chinesischer Hersteller die Preise für Elektrofahrzeuge diesen Monat um 20 Prozent erhöht hat.

Da die Lebenshaltungskosten an allen Fronten steigen, könnte es keinen schlechteren Zeitpunkt für Steuererhöhungen geben. Im April, wenn die höheren Energierechnungen in unseren Briefkästen landen, werden die Sozialversicherungsbeiträge um 1,5 Prozent steigen. Die Labour-Partei hat sich wenigstens dagegen gewehrt, aber wo ist sonst die Opposition? Alles, was Keir Starmer, Ed Davey und Nicola Sturgeon anbieten, ist eine noch teurere Energiepolitik. Sturgeon, die immer verzweifelt versucht, „fortschrittlicher“ als Westminster zu wirken, hat sich verpflichtet, die Emissionen bis 2030 um 75 Prozent gegenüber 1990 zu senken – ein Ziel, das nur durch einen massiven Austausch der bestehenden Heizungsanlagen in den Haushalten erreicht werden könnte.

Es ist schon seltsam, dass Politiker, die uns an einem Tag über Armut und insbesondere über Energiearmut belehren, am nächsten Tag vorschlagen, die Rechnungen der Haushalte in die Höhe zu treiben, um die Kohlenstoffreduktionsziele zu erreichen. Die einzige Möglichkeit, die Quadratur des Kreises zu schaffen, besteht darin, wie Chris Hühne, so zu tun, als ob das Erreichen der Kohlenstofffreiheit uns tatsächlich Geld sparen würde. Oder indem sie versuchen, die Kostenfrage mit der Behauptung abzutun, dass der Klimawandel so ernst ist, dass er uns alle umbringen wird, wenn wir nicht bis 2050 alle Kohlenstoffemissionen eliminieren.

Tut mir leid – nein. Wie die meisten Menschen selbst feststellen werden, wenn sie in diesem Frühjahr ihre überhöhten Energierechnungen erhalten, besteht die größte Gefahr für sie nicht darin, in einer etwas wärmeren Welt gebraten zu werden oder zu ertrinken, sondern darin, an Unterkühlung zu sterben, weil sie es sich nicht leisten können, ihre Häuser zu heizen.

Der Link zum Telegraph-Artikel:

<https://www.telegraph.co.uk/news/2022/01/01/myopic-politicians-wilfully-blind-truth-green-energy/>

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/01/03/myopic-politicians-are-wilfully-blind-to-the-truth-about-green-energy/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE